

Beschlussempfehlung

Kulturausschuss

Hannover, den 25.04.2014

Volksinitiative gemäß Artikel 47 Niedersächsische Verfassung;**hier: „Volksinitiative für bessere Rahmenbedingungen in den niedersächsischen Kindertagesstätten“**

Unterrichtung - Drs. 17/814

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Landtag, zu dem Anliegen der „Volksinitiative für bessere Rahmenbedingungen in den niedersächsischen Kindertagesstätten“ folgenden Beschluss zu fassen:

Entschließung

Anliegen der Kita-Volksinitiative ernst nehmen - Qualität in Krippen und in Kindertageseinrichtungen verbessern

Dem Anliegen der Kita-Volksinitiative entsprechend hat sich der Landtag mit ihren Forderungen befasst. Die Volksinitiative fordert vom Landtag eine Überarbeitung des Kindertagesstätten-Gesetzes mit dem Ziel, die Bedingungen in den Kindertagesstätten zu verbessern. Gefordert werden insbesondere mehr Personal und kleinere Gruppen.

Im Koalitionsvertrag haben sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen darauf verständigt, „ein modernes und den heutigen Realitäten angepasstes Kindertagesstätten-Gesetz (KitaG) auf den Weg zu bringen, das darauf abzielt, den Personalschlüssel in Krippen zu verbessern.“ Es soll ein „Masterplan für mehr und hoch qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher“ entwickelt werden. Beide Ziele werden nach wie vor verfolgt. Es besteht mit den Initiatoren der Kita-Volksinitiative Einigkeit, dass sie nur schrittweise verwirklicht werden können.

Die Landesregierung wird gebeten,

- im Dialog mit Verbänden, Elternvertretungen, Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen und Trägern und der Wissenschaft ein modernes und an die heutigen Gegebenheiten angepasstes Kindertagesstätten-Gesetz (KitaG) zu entwickeln,
- die Forderungen der Volksinitiative bei der Erarbeitung des KitaG einzubeziehen,
- einen Stufenplan für die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation unter Berücksichtigung der Haushaltssituation zu erarbeiten,
- Vorschläge zu erarbeiten, wie die Bedingungen für die Inklusion in Krippen und Kindertageseinrichtungen verbessert werden können,
- ein Konzept vorzulegen, wie eine bedarfsgerechte Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern gewährleistet werden kann,
- mit dem Bund, den Kommunen und den Trägern gemeinsam zu erörtern, wie eine zukunftssichere Finanzierung von Krippen und Kitas zu gewährleisten ist,

*) Die Drucksache 17/1450 - ausgegeben am 29.04.2014 - ist durch diese Fassung zu ersetzen.

- sich dafür einzusetzen, dass der Bund zusätzliche Mittel für die vorschulische Bildung zur Verfügung stellt.

Karin Bertholdes-Sandrock
Stellvertretende Vorsitzende